

Der fehlende Kriegswirtschaftsplan.

Eine Unterredung mit einem der leitenden Männer Berlins.

Der „Berliner Lokalanzeiger“ veröffentlicht eine Unterredung mit einem der leitenden Männer Berlins über die mangelnde Organisation der Lebensmittelversorgung in den Großstädten. Die betreffende Persönlichkeit sagte:

Weit über allen Forderungen der Stunde steht die Notwendigkeit, die Fehler der Vergangenheit nun zu erkennen und für die Zukunft besser vorzusorgen, als es bisher geschehen ist. Ebenso wie die Heeresleitung, muß auch die Landesverwaltung wirklich nach vorbedachtem Plan „rüsten“, damit neuen Mißständen vorgebeugt wird, die diesmal weit schlimmer sein würden als die bisherigen. Unbedingtes Gebot ist jetzt die schleunige Aufstellung eines Kriegswirtschaftsplans für das neue Erntejahr. Und zwar muß man nicht nur Verteilungsmaßregeln ins Auge fassen, sondern vor allem auch die Erzeugung der Nahrungsmittel planmäßig regeln.

Das bisherige Verfahren systemloser plötzlicher Anforderungen an die Landwirtschaft ist für diese selbst außerordentlich störend, und mitunter sind die Forderungen, die an sie gestellt werden, nicht zu befriedigen. Der Landmann hat sich einen Plan gemacht für die Viehwirtschaft des Jahres, wie viel Vieh er halten, was er mästen, was er verkaufen will. Oder er hat über seine Kartoffeln disponiert, hat die verkäufliche Ware an Brennstoffen verschlossen, für Saatweide zurückgestellt, privatim verkauft. Und plötzlich, wenn irgendwo in den Städten die Not am höchsten gestiegen ist, entschließt sich der Staat zu Notmaßnahmen und verlangt vom Besitzer die sofortige Lieferung tausender vieler tausend Zentner Kartoffeln, über die dieser vielleicht gar nicht mehr verfügt, oder wirft durch sein Verlangen nach Vieh den Wirtschaftplan des Landmannes über den Haufen. Der Landwirt leidet darunter, und der Städter kommt doch nur immer notdürftig und unter ständiger Sorge um seinem Recht.

Das geht so nicht weiter, wenn wir mit ruhiger Sicherheit in neue Kriegsjahre hineinblicken wollen. Der Staat muß sich entschließen, der Landwirtschaft vorher zu sagen, was sie zu liefern hat, um das Vaterland gesund und kampffähig zu erhalten. Nicht nur die Wegnahme bereits fertiger Erzeugnisse muß organisiert sein, sondern es ist zu berechnen, was von jedem Bundesstaat, jeder Provinz, jedem Kreis und jedem Dorf nach menschlicher Voraussicht an Lieferungen zu erwarten ist. Das muß so durchorganisiert sein, daß jedem einzelnen Wirtschaftler von seinem Amt- oder Gemeindevorsteher gesagt werden kann: Unter Berücksichtigung unseres hiesigen Bodens, unserer Futterverhältnisse usw. wird von unserem Dorf erwartet, daß es tausendso viel Getreide, so viel Kartoffeln, so viel Rindvieh, so viel Schweine im neuen Erntejahre abliefern. Auf Deinen Anteil entfällt so- undso viel.

Man muß die Landwirte nicht für unverständlich halten. Sie suchen natürlich auch ihren Vorteil, und bei der neuen Regelung müssen ihnen von vornherein Preise zugebilligt werden, die einen gebührenden Verdienst gewähren. Nach diesem der Landwirtschaft zugebilligten Bezugspreise sind dann die weiteren Preise bis zu den Verbrauchern herunter zu bemessen. Es muß jeder, der werktätig an der Kriegswirtschaft arbeitet, zu seinem rechtmäßigen Gewinn kommen. Der Wucher wird bei der geregelten Volkswirtschaft von selbst ausgeschlossen.

Diese Forderungen hat der Deutsche Stadetag zu den seinigen gemacht und hat bei der Regierung entsprechende Vorstellungen erhoben. Bisher ist eine Antwort nicht eingetroffen, auch ein Vorgehen in der Richtung des notwendigen Weges ist wenigstens äußerlich nicht erkennbar. Es würde jetzt für die Regierung die allerhöchste Zeit sein, sich mit der Landwirtschaft und den Verbrauchern zu verständigen, welche Verständigung jedenfalls gar nicht schwer sein wird. Die Landwirtschaft als Gesamtheit hat gar kein Interesse daran, daß in den Städten ein Herd des Unmuts gegen sie entsteht, der auch in den kommenden Friedensjahren ihr nur Schaden könnte.

Es muß jetzt, noch heute etwas geschehen. Wir haben jetzt Anfang Mai. Im Sommer läuft ganz naturgemäß, auch im Kriege, die Regierungsmaschine etwas langsamer. Wenn nicht jetzt das Nötige geschieht, dann wird man im August plötzlich aus der Ruhe auffahren, man wird sehen, daß wieder ein Winter vor der Tür steht — und daß es gerade wieder zu spät ist.

Regieren heißt nicht, sich über die täglichen Verlegenheiten durch tägliche Maßnahmen hinweghelfen. Das heißt ungefähr: wenn die Zeitungen sich regen, dann geschieht irgend etwas. Und alles geschieht in Verwirrung, mit Getöse und führt doch nicht zum Ziel. Regieren heißt vorausschauen! Es muß eine neue, große Idee an die Spitze gestellt werden, die gleichermaßen dem Lande die Sicherheit im Innern bringt und dem Auslande zeigt, daß wir uns furchtlos auf uns selbst verlassen wollen und können.